

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 1

Artikel: Schweizerische Abrüstung
Autor: Treu, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330624>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von *Lettland* wird in den letzten Jahren eine sehr starke Textilmaschineneinfuhr und die Vergrößerung der eigenen Textilindustrie gemeldet.

Finnland sucht ebenfalls den Eigenbedarf selbst zu decken und durch höhere Zölle die Einfuhr des Auslandes zu erschweren.

Paraguay meldet die Errichtung neuer Fabriken. Die Regierung habe für fünf Jahre durch Zoll- und Steuerfreiheit die Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen für neue Textilfabriken erleichtert.

Kanada hat allein im ersten Halbjahr 1929 für 15 Millionen Franken neue Textilmaschinen eingeführt. Die kürzlich vorgenommenen Wahlen haben dazu eine Regierungsmehrheit gebracht, welche unter der Parole «Schutzzölle her» zustande kam.

Aus *Polen* meldet allein der Lodzer Industriebezirk 52,728 Arbeitslose. Der Textilarbeiterverband habe den Behörden weitgehende Forderungen eingereicht.

Auch die *Tschechoslowakei*, die mit gut geschulter Arbeiterschaft hochwertige Erzeugnisse erstellt, meldet Betriebseinstellungen. Kapitalschwache und schlecht eingerichtete Betriebe werden von den andern erdrückt.

Diese Bilder und Berichte geben uns einen Einblick in die Lage. Man könnte sie ergänzen und erweitern durch die besonderen Erfahrungen der *Schweizer* Textilindustrie. In die Krise werden neben der ältesten Krisenindustrie, der *Stickerie* und der andern, die gleichfalls stark durch die Mode mitgenommen wurde: der *Seidenbandweberei*, nun auch andere Zweige hineingerissen. In der *Baumwollweberei* werden in der Hauptsache kleinere, ältere Betriebe stillgelegt. In der *Seidenweberei* ist das Bild ähnlich, allerdings ungleich mäßiger, entsprechend der Vielgestaltigkeit in der Produktion und der Vielseitigkeit in den Absatzgebieten.

Bedeutsam für die Bewertung der Zukunftsaussichten ist die leidige Feststellung, daß trotz allen gegenteiligen Bestrebungen um den Völkerbund herum in einem Jahr auf dem Gebiet der Errichtung und Erhöhung der Zollschränken mehr geschieht, als früher in einem Jahrzehnt. Der Kampf um Absatzgebiete wird die schweizerische Textilindustrie in Zukunft noch viel mehr als bisher in Anspruch nehmen.

Schweizerische Abrüstung.

Von *Konrad Treu*.

Ich weiß nicht, ob andere das gleiche empfunden haben wie ich: die Diskussion zwischen Dr. *Frank* und *Nobs* oder vielleicht richtiger die *Belehrung*, die *Nobs* Dr. *Frank* erteilte, ermangelt dessen, was man bei den Fabeln die «Moral» nennen

würde. Es bleibt, um mit Goethe zu sprechen, «ein Erdenrest, zu tragen peinlich», nämlich eine, wie mir scheint, nicht nur für gewisse Strömungen in der sozialistischen Bewegung unseres Landes schwer erträgliche Unklarheit über die nächsten Aufgaben der Partei im Kampfe gegen den Militarismus. Freilich, gerade Frank, der der Stimmung der Kreise Ausdruck gibt, die die Abwehr des Militarismus stärker betont sehen wollen, verbaut sich selbst den Weg, diesen Bestrebungen Rechnung zu tragen. Er ist nur für hundertprozentige Lösungen und lehnt Teilerfolge ab. Damit erinnert er ein wenig an jene utopischen Sozialisten, die den Sozialismus an jedem beliebigen Ort und zu jeder beliebigen Stunde zu erbauen bereit waren, sofern nur der gute Wille da sei. Der ganze Sozialismus sollte mit einem Schlag entstehen können — Frank will die ganze Abrüstung mit einem Schlag verwirklicht sehen. (Wie er es tun will, ähnelt schließlich auch ein gut Teil dem herzensguten Wollen der Utopisten.) Weniger ihm, als seinen Gegnern in der Partei, die sich über die unmittelbaren Möglichkeiten des Kampfes für die Abrüstung der Schweiz *keinen Illusionen hingeben*, gelten die nachstehenden Ueberlegungen. Sie gehen aus von dem Gedanken, daß es sich im Kampf gegen den Militarismus, wie im Kampf gegen den Kapitalismus (im zweiten Fall wissen wir das «Wofür» sehr gut; wäre es nicht nötig, sich für den ersten Fall das «Wofür» auch einmal gründlich klarzumachen? Man käme da auf interessante Gedankengänge zur Völkerbundspolitik), daß es sich in beiden Fällen um *Entwicklungsprozesse* handelt, die nur zu *beschleunigen* unsere Aufgabe ist, soweit das durch die *Einsicht in die Bedingungen unseres Kampfes* möglich wird.

Nobs hat sehr deutlich auf die *internationalen Bedingungen unserer Aktion* hingewiesen. Er hat die Abhängigkeit unseres Kampfes, unseres Fortschrittes und unserer Niederlagen von den Kämpfen, Siegen und Niederlagen der Bruderparteien in den großen Staaten Europas aufgezeigt, — es wäre verdienstlich, wenn auch vielleicht etwas entmutigend, die Zusammenhänge der Aktion der Sozialisten in den europäischen Großmächten mit der Politik jener Großmächte aufzuzeigen, in denen die sozialistische Aktion noch keine Rolle spielt. Die Ueberlegung Nobs' scheint mir vollkommen überzeugend zu sein; aber führt sie nicht am Ende zur Resignation? Wäre es nicht angebracht, einmal nachzuprüfen, *welchen Beitrag gerade die schweizerischen Sozialisten zur internationalen sozialistischen Aktion für die Abrüstung leisten können oder vielleicht gar zu leisten haben*, um den Erfolg der Gesamtpartei zu sichern? Das wäre, scheint mir, auch der Weg, den Forderungen der Genossen, die, so wie Frank, dem Kampf gegen den Militarismus besondere Bedeutung beimessen und ihn verstärkt fortgesetzt sehen wollen, entgegenzukommen — wenngleich auf eine Art, die sie heute noch abzulehnen scheinen.

Die hier angewendete Fragestellung, die *nächsten Ziele* der sozialdemokratischen Bewegung in der Schweiz in der Militärfrage festzustellen, mag manchen Genossen, die am «Endziel» nichts deuteln lassen wollen, sehr unerwünscht sein. Aber auch sie werden einsehen müssen, daß es hier nicht anders geht, als in allen unsern Kämpfen: daß es notwendig ist, etappenweise vorzugehen, mühselig Schritt für Schritt sich vorzuarbeiten — und der Stunde zu harren, da wieder die Zeit der großen Offensiven kommt. Auf eine dieser Etappen, von denen aus wir einmal die große Offensive machen wollen, soll hier hingewiesen werden. Nicht allein aus den Bedürfnissen der schweizerischen Arbeiterbewegung heraus, sondern auch und vor allem unter dem Gesichtswinkel des Fortschritts der *internationalen Bewegung* im Kampfe für die Herabsetzung der Rüstungen. Nur eine Fragestellung, die über die Grenzen unseres Landes hinaussieht, die unsere Probleme einordnet in den internationalen Zusammenhang, kann in der Abrüstungsfrage zu sinnvollen Ergebnissen führen. Und *diese Einsicht in die internationale Bestimmtheit unserer Probleme und unserer Kämpfe* ist es gerade, die die *Ueberlegenheit* sozialdemokratischer gegenüber bürgerlicher Politik, die den *Erfolg* sozialdemokratischer gegenüber bürgerlicher Aktion sichert.

* * *

Der Ausgang des Weltkrieges und die imperialistischen Friedensverträge von 1919 haben das Abrüstungsproblem in *ganz konkreter Form* gestellt. Wer fruchtbare Politik machen will, muß bei jeder Untersuchung des Abrüstungsproblems von dieser bestimmten Situation ausgehen.

Als *Engels* 1893 seine Artikelreihe: «Kann Europa abrüsten?» schrieb, war, von der damals bestehenden Situation ausgehend, die Grundlage seiner Untersuchung der Gedanke: «Weder an der Länge der Dienstverpflichtung, noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland, am allerwenigsten von der Sozialdemokratischen Partei Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfnis nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann: die Länge der Dienstzeit bei der Fahne.»

Indessen ist in den Grundlagen der Fragestellung ein *entscheidender Wandel* eingetreten.

Der Weltkrieg hat *zwei Gruppen von Staaten* geschaffen: die einen, die zwar eine Verpflichtung, in der Zukunft abzurüsten, eingegangen sind, heute aber praktisch noch frei sind, die Form und das Ausmaß ihrer Rüstungen zu bestimmen — sofern von den Seerüstungen überhaupt abgesehen wird —, die andern, denen Form und Maß ihrer Rüstungen vorgeschrieben wurde. Auf der einen Seite die *Siegerstaaten*, bis an die Zähne

bewaffnet, auf der andern Seite *Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Ungarn*, mit einer erzwungenen Einschränkung ihrer Rüstungen.

Man kann die Wirksamkeit der erzwungenen Abrüstung den Deutschlands verschieden einschätzen. Man kann angesichts der Entwicklung der Kriegstechnik der Meinung sein, daß in den entscheidenden industriellen Kriegsvorbereitungen Deutschland durch den Friedensvertrag kaum gehemmt wird, daß es Frankreich nicht unterlegen, sondern wahrscheinlich eher überlegen ist in seiner chemischen Industrie, in der Metallindustrie, im Transportwesen, in der Aviatik usw. Aber in zwei Punkten ist die Unterlegenheit Deutschlands unzweifelbar: in der erzwungenen *Verzögerung der Vorbereitungen für die Mobilisierung* und im erzwungenen *Verzicht* darauf, *alle wehrfähigen Männer* schon in Friedenszeiten in den Rahmen des Heeres einfügen zu können.

Es ist ganz gut denkbar, daß diese Einschränkung der Freiheit Deutschlands heute nicht mehr die große Rolle spielt, die ihr von einigen militärischen Sachverständigen der interalliierten Mächte 1919 bei den Friedensverhandlungen zugeschrieben wurde. Es ist denkbar, daß sie durch die Entwicklung der militärischen Technik in der Zukunft noch weiter an Bedeutung verlieren wird. Wer so denkt, wird sich mit einigem Recht auf die Bestrebungen der Generalstäbe, die ständigen Kaders auszubauen, berufen dürfen. Aber nichtsdestoweniger wäre es sehr *falsch*, den erzwungenen Verzicht Deutschlands auf die Ausschöpfung der ganzen Wehrkraft des deutschen Volkes als *bedeutungslos* hinzustellen. Das entspräche weder dem heute noch geltenden militärischen Denken, das die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland mit den Einschränkungen des Friedensvertrages auf dem Gebiet der militärischen Organisation in Verbindung setzt und gemeinsam recht hoch anschlägt, noch dem politischen Denken der überwältigenden Mehrzahl des deutschen Volkes und wohl der meisten andern Nationen.

So stellt sich nun also das Problem der Abrüstung in der Gegenwart dar: die *Siegerstaaten* mit völliger Freiheit in der Wahl des Heeressystems, die besiegten Staaten mit einer ihnen aufgezwungenen Heeresorganisation. Die Siegerstaaten, soweit sie Landmächte sind, schöpfen die gesamte Wehrkraft des Volkes aus — den besiegten Staaten ist es nur auf mühseligen Schleichwegen möglich, einen größeren Teil der Wehrkraft ihres Volkes in die militärische Organisation einzufügen. Das ist das politische Problem der Abrüstung Europas.

Daß es als solches erkannt wurde, beweisen die Verhandlungen im *Völkerbund*. Was auf dem Gebiete der Abrüstung zur See die berüchtigten siebenzig kleinen Kreuzer der britischen Admiralität bedeuteten — bis die Arbeiterregierung an die

Macht kam und man sich plötzlich mit fünfzig zufriedengeben konnte —, das bedeutete und bedeutet noch in der Gegenwart auf dem Gebiete der Abrüstung zu Land die Frage der *ausgebildeten Reserven*, was im Kern nichts anderes ist als die Frage der allgemeinen Wehrpflicht. An ihr sind im Grunde bisher die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes gescheitert. Das französisch-britische Flottenkompromiß, in dem die Franzosen den Schutz ihrer ausgebildeten Reserven von den Engländern gegen die Zusicherung einhandelten, in der Seeabrüstung den britischen Standpunkt nicht anzugreifen, beweist die große Bedeutung, die die führenden Militärs auch heute noch der allgemeinen Wehrpflicht beimessen.

Hier liegt eben der Punkt, an dem der Hebel anzusetzen ist. Das setzt aber nicht nur den Kampf mit den militaristischen Kräften, sondern auch die Auseinandersetzung mit manchen sozialistischen Strömungen voraus.

Denn selbst nach dem Weltkrieg bestehen in manchen sozialistischen Kreisen, ganz besonders dort, wo man unter dem Einfluß der militärpolitischen Ideen von *Jaurès* steht, vielfach noch *Illusionen* über die Armee der allgemeinen Wehrpflicht. Bekannt ist die Haltung *Paul-Boncours* und die Schrift des französischen Gewerkschaftsführers *Léon Jouhaux*, die die Armee der Miliz als die Erfüllung der Abrüstungsversprechen des Völkerbundspaktes und des Friedensvertrages bezeichnet. Und *Jouhaux* weist nachdrücklich auf die *schweizerische Armee* hin, die im großen ganzen die Forderungen erfüllt, die diese Strömung im Sozialismus an die Milizarmee stellt.

Man versteht jetzt die große Aufgabe, die gerade den schweizerischen Sozialdemokraten gestellt ist. Es gilt, die militaristische Auffassung, die die allgemeine Wehrpflicht bewahren will, an einer der stärksten Stellen ihrer Front zu besiegen, die sozialistische Ideenwelt von der Ueberschätzung des Wertes der Miliz zu reinigen. Diese Pflicht haben gerade die Sozialdemokraten des Landes, in dem die Miliz besteht. Gerade den schweizerischen Sozialdemokraten obliegt es, die Abrüstung in ihrem Land *über die allgemeine Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit hinaus vorwärtzutreiben*, eine *fortschreitende Einschränkung des Jahreskontingentes* zu erzielen, die nächste Etappe auf dem Wege zur vollständigen Abrüstung zu erkämpfen.

Das ist einmal eine *politische* Aufgabe. Genügend Macht zu erlangen, um eine Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht zu erzwingen; genügend Druck den widerstrebenden militärischen und bürgerlichen Kräften entgegenzustellen, um sie zum Nachgeben zu zwingen; genügend Aufklärung in der Öffentlichkeit zu verbreiten, um über den Kreis der sozialistisch Denkenden hinaus Strömungen zu schaffen, die unter der Führung der Sozialdemokratie für einen Abbau der militärischen Vorbereitungen unseres Landes einzutreten gewillt sind. Das ist

die eine, große und schwere Pflicht der schweizerischen Sozialdemokraten!

Das ist aber auch eine *theoretische* Aufgabe. Die Form, in der sich die Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht vollzieht, kann dem Proletariat nicht gleichgültig sein. Die *klassenmäßig antiproletarische Auslese* der Bewaffneten, der militärisch Ausgebildeten im Volke, die sich schon jetzt in unserem Heer, vor allem in seinen oberen Behörden bedenklich kundtut, darf durch die Einschränkung des Jahreskontingentes nicht noch weiter gestärkt werden. Das Heer darf nicht noch mehr zu einem willenlos gefügigen Werkzeug in der Hand bourgeoiser Offiziere oder einer faschistenfreundlichen politischen Führung werden. Die Auswahl der zum Dienst mit der Waffe verpflichteten Männer muß, soweit dies überhaupt möglich ist, derart erfolgen, daß der willkürliche Einfluß arbeiterfeindlicher Bestrebungen eingedämmt, daß das Verhältnis zwischen den politischen Strömungen im Volke, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung, im Heere möglichst wenig verzerrt werde. Diese Fragen so zu lösen, daß die schweizerischen Erfahrungen und Erfolge den Bruderparteien der Internationale nutzbar gemacht werden können, das ist die schwierige theoretische Aufgabe, die die Sozialdemokraten der Schweiz für sich und die Internationale zu erfüllen haben.

Ueber die *Durchsetzbarkeit* unserer Forderungen, die die Ausschöpfung der gesamten Volkskraft für die Armee abzubauen, die Umklammerung, in der die Armee der allgemeinen Wehrpflicht das ganze Volk hält, zu lindern suchen, braucht man sich zunächst keinen allzu großen Illusionen hinzugeben. Die knechtische Unterwürfigkeit, mit der unsere Bourgeoisie und ihre Parlamentarier gerade in der letzten Zeit den stets wachsenden Appetit der Militärs befriedigt hat, zeigt, wie schwer der Kampf sein wird. Selbst wenn der Feind — um uns der militärischen Ausdrucksweise zu bedienen — geworfen, aber noch nicht vernichtet sein sollte, ist der Kampf um diesen Teilerfolg noch nicht gewonnen. Schon jetzt zeichnen sich die Finten und Listen ab, mit denen die Sozialdemokratie getäuscht werden soll. Auf jede sozialistische Forderung nach einer Verkürzung der Dienstzeit, nach einer Einschränkung der Zahl der unter den Waffen Dienstpflichtigen antworten die Generalstäbe mit dem Verlangen nach einer *Vergrößerung der permanenten Kadern*, nach einem Ausbau des Systems von Berufssoldaten, um das sich die Truppenmassen konzentrieren. Die Mischform aus dem Berufsheer und der Miliz, die auf diese Weise zu entstehen droht, ist die gefährlichste Heeresform von allen: sie vereinigt die politischen Gefahren des Berufsheeres mit der gewaltigen Heeresmaschinerie der Miliz.

Die Probleme, die dieser Kampf uns stellt, sind mit diesen Andeutungen gewiß nicht erschöpft. Aber trotz ihrer Vielfalt

müssen sie gelöst werden, wenn die nächste Etappe auf dem Wege zur schweizerischen Abrüstung erreicht, wenn der Weg zur internationalen Abrüstung geebnet werden soll.

Der Gegensatz zwischen den zwangsweise abgerüsteten Staaten Mitteleuropas und den aufrüstenden Staaten West- und Südeuropas muß gelöst werden. Er kann gelöst werden, indem die Siegerstaaten, um ihre eigene Rüstung zu bewahren, den Besiegten die Freiheit aufzurüsten wiedergeben. Aber er kann auch gelöst werden, indem die Siegerstaaten gezwungen werden, ihre militärischen Vorbereitungen dem Niveau der Besiegten anzugleichen. Die Gleichberechtigung aller Staaten Europas kann erzielt werden durch die Angleichung aller Rüstungen auf das Niveau Frankreichs und Italiens, sie kann aber auch erlangt werden durch die Abrüstung der Siegerstaaten. So oder so — der Gegensatz muß seine Lösung finden, die Gleichberechtigung aller Staaten Europas muß hergestellt werden. Daß die *sozialistische*, die *antimilitaristische Lösung verwirklicht* werde, dazu kann und muß daher auch die schweizerische Sozialdemokratie ihr Teil beitragen.

Jawohl, eine Abrüstungsinitiative!

Von Fritz Baumann, Aarau.

«Unsere Partei wird darum seinen Vorschlag ablehnen.» So schreibt Genosse Nobs in der «Roten Revue», Nr. 11, zu den Vorschlägen des Genossen Frank in der «Roten Revue», Nrn. 9 und 10, über die schweizerische Abrüstung. Mir scheint, das Urteil Nobs' sei zum mindesten etwas vorschnell und unsere Partei würde sich kein gutes Zeugnis ausstellen, wenn sie sich ihm ohne weiteres anschließen wollte. Auf alle Fälle ergibt sich die Notwendigkeit zur Fortsetzung der Aussprache, da sie durch die Kritik des Genossen Nobs teilweise auf eine unrichtige Bahn gekommen ist. Sind wir für die Totalabrüstung? Genosse Frank hat diese Frage nicht erörtert, offenbar, weil er als selbstverständlich annahm, daß dem so sei. Seine Annahme entbehrt nicht der Grundlage. Im Arbeitsprogramm der Sozialdemokratischen Partei aus dem Jahre 1924 heißt es: «Grundsätzlicher Kampf gegen den Militarismus . . . Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen . . .» Und diesen Leitsätzen entsprechend hat unsere Nationalratsfraktion in der Bundesversammlung immer alle Militärkredite bekämpft, nicht etwa nur quantitativ, sondern grundsätzlich. Wie sich Genosse Nobs zur Totalabrüstung in der Schweiz stellt, ergibt sich aus seiner Kritik nicht eindeutig. Auch nicht aus seiner seitherigen Erklärung in der Presse. Es wäre erwünscht, wenn er eine bestimmte,